

bedeutendsten erschienen seien. Das Ganze sei ein Nord-anfall gewesen.

Ludendorff selbst seine bisshinigen Ausführungen mit folgender Beifügung: Ich war gezwungen, die deutsche Bewegung aus Treubruch, Verrat und Mordanschlag zu retten. Durch Märtyrersblut geklärt, erhält sie neue Kraft. Das ist das von ihren Feinden nicht gewollte Ergebnis des 8. und 9. November. Was die deutschösterreichische Bewegung durch das Märtyrersblut des 9. November so stark werden, daß sie das deutsche Volk fest zusammenschließt, auf das ein Reich entsteht, geht seit vor den Gefahren überhandten Liberalismus oder Separatismus. Auf Befragen des Vorsitzenden, wie sich Ludendorff die Durchsetzung dieser Bewegung vorgestellt habe, erwiderte der General, diese Bewegung wäre geklärt auf die vaterländischen Verbände im Norden, zu einer so gewaltigen Kundgebung in Deutschland geworden, daß die Sache ohne jede Gewalttat verlaufen wäre. Hiernach wurde die Weiterbehandlung auf Sonnabend vormittag vertagt.

Hausführung bei Ehrhardt.

In der Wohnung des Korvettenkapitäns Ehrhardt und anderer deutschösterreichischer Führer fanden politische Hausführungen statt, und zwar auf Grund von falschen Anzeigen, daß ein Handreich zur Befreiung der Angehörigen im Ditlepsberg geplant sei. Das Ergebnis der Hausführungen war negativ. Ferner wurden in den Straßen Münchens Anschläge entworfen, die zu nationalen Massenemonstrationen für Sonntag aufriefen, gegen die „nationale Erniedrigung des deutschen Heerführers Ludendorff durch seine Inanflationverleumdung“.

Deutscher Reichstag.

In der Freitagssitzung spricht zunächst Wulle der sich zunächst darüber verbreitet, daß die deutsche Demokratie nur eine Herrschaft des Geldes sei und daß die deutsche Regierung eine Politik der Kniebeuge betreibt. Rettung könne allein die völkische Idee bringen. Sodann ergreift das Wort der

Finanzminister Dr. Luther.

der auf die Schwierigkeiten aufmerksam macht, ein Budget aufzustellen, da uns die Einnahmen aus dem Rhein- und Ruhrgebiet nicht zur Verfügung stehen. Das gesamte Steuerloos müsse ausgebaut werden. Der Steuerbetrag der in Prozenten vom Gesamteinkommen gezahlt ist, war 1913: 10,9 Prozent. Er wird 1924: 27,7 Prozent sein. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß diese Zahl für 1924 noch zu niedrig ist. Das verbleibende steuerfreie Einkommen wurde für 1913 auf 566,8 Millionen Goldmark jährlich geschätzt, und für 1924 wird es nach den vorläufigen Errechnungen mit Vorbehalt auf 285 Millionen geschätzt. Wenn wir uns dabei gleichzeitig vergegenwärtigen, daß die Kaufkraft des Geldes immer noch nicht so groß ist wie 1913, dann zeigen diese Zahlen das außerordentliche Maß unseres Elends. Man sagt zwar, es müßten in Deutschland noch sehr große Kapitalien vorhanden sein. Nun steht aber zunächst folgendes fest: Durch die Inflation hat Deutschland sein eigenes Spartkapital restlos ausgegeben, denn das ist ja der innere Paralleldrang zu dem Währungsverfall. Wir haben ja in den letzten Jahren nicht von den Papierlappen gelebt, sondern von realen Dingen und das waren eben unsere Spartkapitalien. Was das produktive Kapital betrifft, so ist allein die Tatsache der ungeheuren Kreditnot, unter der Deutschland heute leidet, ein bestimmter Gradmesser dafür, wieviel auch davon aufgezehrt worden ist.

Nun erhebt sich die Frage: Sollen wir diesen Dingen gegenüber hoffnungslos und müßlos die Hand in den Schoß legen? Nein! Eine endgültige Lösung ist es allerdings erst dann, wenn eine für Deutschland tragbare wirkliche Regelung der Reparationsfrage erfolgt ist. Das Ziel, auf das wir zunächst hinarbeiten müssen, ist in unsere Wirtschaft Goldcredite hineinzubringen. Wir brauchen die Hilfe von außen. Aber selbst wenn der nötige Goldcredit nach Deutschland kommt, haben wir noch nicht das Paradies auf Erden. Dann bleiben wir doch noch auf lange Zeit ein elendes Volk. Die Regierung erkennt die schwere Befastung der breiten Massen an. Schwer ist auch die Besteuerung des Volkes. Unabweisbar ist die Landwirtschaft ganz besonders in Not. Infolge des zurückgegangenen Verbrauches der Düngemittel werden wir mit einem geringeren Ertrage rechnen müssen. Das ist eine große Gefahr für die Volksernährung, die aber in Kauf genommen werden muß, wenn wir das große Ziel erreichen wollen.

Auf die Frage der Besatzungskosten eingehend erklärte Minister Luther, daß im Haushaltsplan für 1924 nicht die einzigen Summen vorgesehen werden können, die erforderlich sind, um die Besatzungskosten in dem jetzt tatsächlich entstehenden Umfange auch nur annähernd zu bezahlen. Die deutsche Regierung bemüht sich durch ununterbrochene Verhandlungen mit den Besatzungsmächten, eine anderweitige Regelung zustande zu bringen. Ich bedauere, mitteilen zu müssen, daß noch heute die Genehmigung für die Erhebung der neuen Steuern, besonders auch der Steuern nach der zweiten Steuernotverordnung, trotz dringender Vorstellungen der deutschen Regierung für die besetzten Gebiete nicht erteilt worden ist. Ich hoffe, es wird schon am 1. April eine Aufbesserung der gegenwärtig außerordentlichen Knappheit der Besatzungsleistungen einreten, und ich glaube in Aussicht stellen zu können, daß dieser Erfolg bestimmt erreicht wird, wenn nicht Zerrungen unseres Wirtschaftslebens alle unsere Hoffnungen über den Haufen werfen. Gleichwohl darf nicht vergessen werden, daß auch für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine Erleichterung geschaffen werden muß, und daß auch auf diesem Gebiete besondere Härten abzuwenden, deren Beseitigung sich die Reichsregierung wird angelegen sein lassen.

In der Auswertungfrage scheint mir, als wenn überhaupt nicht verstanden wird, welche enge Zusammenhänge zwischen der Auswertungfrage und der wirtschaftlichen Weiterbildung unseres Volkes und Staates besteht. Dabei müssen wir zuerst an das Kapital denken, das produktionsfördernd wirkt und in die Betriebe hineingeht und dann erst an das Spartkapital. Daher ist eine wesentliche Bestimmung der dritten Steuernotverordnung, daß die Aufwertung der Sparanlagen nicht vor 1932 erfolgt. Bis dahin hat sich offensichtlich unser Wirtschaftsleben genügend erholt. Die Regierung trägt sich, schließt der Minister unter dem Beifall des Hauses, mit dem Bewußtsein, ihrem Standpunkt das Wohl des deutschen Volkes und das Wohl des Staates über alles zu sein.

Die Regierung will ein Vertrauensvotum fordern.

Wie es in parlamentarischen Kreisen heißt, beabsichtigt die Regierung, am Ende der großen politischen Debatte vom Reichstag ein Vertrauensvotum zu verlangen und, falls ihr dies verweigert wird, den Reichstag aufzulösen.

Französische Niederträchtigkeiten.

Aus Bad Dürkheim wird gemeldet: Der französische Bezirksdelegierte hat verlangt, daß die von den Separatisten aufgestellten Jagdscheine und Autogulassenscheinbewilligungen von den deutschen Behörden offiziell erneuert werden. Sämtliche Jagdwaffen mußten auf Befehl des Delegierten eingezogen werden. Ferner hat der Delegierte gefordert, daß die Erwerbslosen, die sich an der separatistischen Bewegung beteiligt haben bei der Bewilligung von Erwerbslosenunterstützung in keiner Weise benachteiligt werden.

Militärkontrolle beschlossen.

Echo de Paris meldet: Die Vorkontrollkonferenz hat auf Grund des Berichtes des Generalstabes beschlossen, daß zur Entscheidung der Sachverständigen die Militärkontrolle in Deutschland in der bisherigen Form fortzusetzen ist.

Wieder ein Kammerstrog Polncares.

In der französischen Kammer erklärte der Justizminister zu der parlamentarischen Interpellation über gewisse Tatsachen, welche die Untersuchung über den Tod des jungen Philipp Daubet ergeben hat, die Untersuchung sei im Gange. Die Kammer habe nicht das Recht vor ihrem Abschluß in die Angelegenheit einzugreifen. Polncares und der Justizminister erklärten, sie würden zurücktreten, wenn die Kammer die Erörterung hierüber eröffnen würde. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer beschloß die Vertagung der Interpellation mit 283 gegen 185 Stimmen.

Kleine politische Meldungen.

Ankunft auf die Hypothekensanordnung. Gestern vormittag hat im preussischen Finanzministerium eine Konferenz der Finanzminister sämtlicher deutscher Länder begonnen. Das Thema der Verhandlungen bildet die Rückwirkung der dritten Steuernotverordnung auf die Finanzen der Länder, die davon eine Reihe von Nachteilen befürchten. Das Reichsfinanzministerium ist zu diesen Verhandlungen nicht zugezogen worden. Das läßt den Schluß zu, daß die Tendenz sich im Wesentlichen gegen die vom Reich angeordnete Neuordnung richtet. Man sucht zunächst über Forderungen ins Reine zu kommen, die dem Reich gegenüber vertreten werden sollen. **Reichstagsauflösung betreffend.** Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschlossen, auf ihren Antrag, der Reichstag möge sich selbst auflösen und die Neuwahlen auf den 4. Mai ansetzen, zu beharren. Die Fraktion will abwarten, ob in Kürze die Regierung von sich aus eine Klärung der Lage herbeiführt. Geschieht das nicht, so wird der Antrag auch formell eingebracht werden.

Geplante Verabreichung der Abgeordnetenwahl in Preußen auf die Ostseite. Die Finanzlage des preussischen Staates erfordert gebieterisch neben anderen Einschränkungen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens auch eine Verringerung der Wittiglichkeit der Abgeordneten, die bei der Besetzung und Verwaltung mitwirken. Demgemäß hat, wie der amtliche preussische Pressedienst mittelt, die preussische Staatsregierung einen Gesetzentwurf zur Begutachtung an den Staatsrat gehen lassen, der die Verabreichung der Abgeordnetenmandate von 421 auf 210 Sitze vorzieht. Ferner wird vorgeschlagen, in gleicher Weise auch mit dem Staatsrat zu verfahren. Es wird eine Verminderung der Staatsratsitze von 77 auf 58 Abgeordnete vorgesehn.

Aufhebung eines Waisplanes der Thüringer Kommunisten. Aus dem thüringischen Ministerium des Innern wird mitgeteilt: Bei der kürzlich in Erfurt erfolgten Aushebung von zwei in vollem Betriebe befindlichen kommunistischen Druckereien ist auch Druckschriftenmaterial beschlagnahmt worden, aus dem sich ergibt, daß die Störung des 2. März in Jena stattfindenden „Deutschen Tages“ von kommunistischer Seite in großartiger Weise organisiert worden ist. So wird insbesondere in einem Flugblatt aufgerufen, am 2. März zum „Roten Tag“ in Jena zu erscheinen, wo das Proletariat die Straßen beherrschen soll. In 46 Gemeinden Thüringens sollen diese Flugblätter verteilt und dabei besonders die Ortsräte bedacht werden, wo die Waischen bei den letzten Wahlen Erfolge aufzuweisen hatten. Für die Teilnehmer sind Ernt, Eisenach, Gotha und Weira als Sammelpunkte vorgesehn. Von diesen Sammelpunkten aus ist am Sonnabendabend und Sonntag früh die Abfahrt nach Jena beabsichtigt. Die thüringische Landesregierung hat deshalb die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung am genannten Tage in Jena notwendigen Maßnahmen getroffen, daß sie auf alle Fälle Deck der Tage sein wird.

Zur Kampfmobilität der RPD. Der „Deutsche Offiziersbund“ ist in den Besitz eines lithographierten Schreibens gelangt, unterzeichnet von der „Gruppe kommunistischer deutscher Offiziere“. Dieses Schreiben scheint einer größeren Anzahl von Offizieren überhandt worden zu sein und beabsichtigt, unklare politischen Haltungen unter den Offizieren vorzunehmen, daß nur ein Anschluß an Moskau die Sozialdemokratie und des internationalen Deutschland feindliche Kapital unerschütterlich machen kann. Der Offiziersbund wird die

der kommunistischen Kampfmobilitäten entgegen — d. h. also: mit Hilfe der Offiziere soll die kommunistische Revolution durchgeführt werden. Dieses merkwürdige Anschauung wurde natürlich abgelehnt.

Vor einer Kriegserklärung Jugoslawiens an Bulgarien? Nach den letzten Nachrichten aus den Balkanstaaten hält man eine Kriegserklärung Jugoslawiens an Bulgarien für unmittelbar bevorstehend. Es sind bereits über eine halbe Million jugoslawischer Truppen an die bulgarische Grenze versammelt worden. Dies stehen besonders gegenüber den Kohlenfeldern von Pernik. Jugoslawien wartet nur noch auf einen geeigneten „macedonischen Einfall“ als eine Entschuldigung für einen Vorstoß auf bulgarisches Gebiet. In den Gebieten, die an Nordbalkan angrängen, werden ebenfalls Truppen zusammengezogen. Jugoslawien gibt an, daß macedonische Banden dort ihr Hauptquartier haben und daß dieses Gebiet wahrscheinlich besetzt werden wird.

Von Stadt und Land.

Mus. 1. März.

Der zivile Ausnahmezustand.

Kursiv des sächsischen Radikals.

Das Gesamtministerium des freikantons Sachsen erläßt folgenden Kursum:

An die sächsische Bevölkerung! Der militärische Ausnahmezustand ist aufgehoben. Damit übernimmt die sächsische Regierung wieder die Verantwortung über das Vollziehen des Landes. Die Regierung ist entschlossen, Handel und Wandel, Arbeit und Unternehmungsfreudigkeit tatkräftig zu fördern und richtet an die gesamte Bevölkerung die ernste Bitte, sie in diesem Bestreben zu unterstützen.

Wenn erneut versucht werden sollte, durch Unruhen oder Gewalttätigkeiten die Sicherheit des Staates oder der Bevölkerung zu gefährden, wird die Regierung die Maßnahmen des Staates zum Schutze der gesamten Bevölkerung anzuwenden. Unruhen und gewalttätige Störungen des Wirtschaftslebens sind in erster Linie und am nachteiligsten die wirtschaftlich schwachen Teile unseres Volkes. Es halte sich deshalb jeder von Gewalttätigkeiten fern und bemühe sich, an der völligen Ordnung und allmählichen Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens an seinem Teile mitzuhelfen.

Die Form des neuen Silbergeldes. Das neue Silbergeld in Stücken von 1 Mark bis 5 Mark, dessen Ausgabe vorbereitet wird, wenn auch noch nicht alle die schweren damit zusammenhängenden, währungsrechtlichen Fragen gelöst sind, wird eine Form haben, die aus langen Arbeiten der künstlerischen Kräfte und der Verwaltungsstellen hervorgegangen ist. Der Reichsbankdirektor der neuen Silbergeldstücke ist auf Grund des Wettbewerbens, den das Reichsfinanzministerium schon vor längerer Zeit unter 12 Künstlern ausgeschrieben hatte, von Prof. Josef Waderle-München in Zusammenarbeit mit dem Reichsstatistikamt und der Staatlichen Münze von Berlin geschaffen worden. Die Silbermünze trägt die Worte: „Einigkeit, Recht, Freiheit“ tragen, die den Sinnpruch des Reiches bilden sollen. Die neue Form unseres Silbergeldes wird der alten Scherzfrage ein Ende machen, wieviel Adler sich auf der Rückseite unserer 3-Mark-Stücke befinden. Es waren bei unserm Kalendern 17, aber aus dem Gedächtnis wußte das wohl niemand. Nun kommt nur ein Adler auf die Münze, dafür einer, in dem sich beste deutsche künstlerische und handwerkliche Art verkörpert.

Banknotenfälscher. Schon vor einiger Zeit berichteten wir, daß in Schneeberg-Neustädter eine Fälschungsanstalt errichtet worden war, in der tschechische Tausendkronennoten verfertigt wurden. Wie sich herausgestellt hat, ist diese Schneeberg-Neustädter Werkstatt nur ein Teilbetrieb gewesen, der in einer ganzen Fälschungsorganisation zusammenarbeitete. Nach Meldungen aus Reichenberg in Böhmen gelang es der Polizei in Olmütz eine Anzahl von Banknotenfälschern festzunehmen und dabei einen ganzen Sad voll falscher Banknoten im Werte von 121 000 Kronen zu beschlagnahmen. Der Polizeinspektor Alois Krizal aus Prag reiste sofort nach Aufdeckung der Bande nach Berau, wo er durch das Verhör mit den Verhafteten sowie durch Nachforschungen weitere Beträge erbeutete. Die gefälschten Jwanig-Kronennoten wurden in der Nähe von Dresden fabriziert. Man glaubt bisher, daß es unmöglich wäre, diese in Amerika hergestellten Noten nachzuahmen. Auch in Freiberg erbeutete Krizal eine Werkstatt zur Erzeugung von Fünfhundertkronennoten. Die sächsische Fälscherbande stand mit ihren Genossen in Leipzig, das sich als Grenzstadt zur Uebernahme trefflich eignete, in enger Verbindung und teilte mit ihnen auch den Gewinn. Leider scheint es, als ob ein Teil der Fünfhundertkronennoten sich schon im Umlauf befindet.

Einkommensteuervorauszahlung der Landwirte. Die zum 29. Februar 1924 haben Landwirte und Inhabersoristikwirtschaftlicher und gärtnerischer Betriebe die erste Einkommensteuervorauszahlung für 1924 zu leisten. Die Vorauszahlung beträgt auf sich 1 Goldmark für je 1000 Mark des der Vermögenssteuerveranlagung für den 31. Dezember 1923 zugrundegelegten Grundvermögens. Bei Pachtbetrieben mindert sich die Vorauszahlung um 10 Prozent der Pachtsumme für das erste Kalendervierteljahr 1924.

Da die Vermögenssteuerveranlagung noch nicht durchgeführt ist, hat nach den gesetzlichen Vorschriften an Stelle des Vermögenssteuerwertes der zuletzt für die Landabgabe maßgebende Wert zu treten.

Die Finanzämter haben den für diese Vorauszahlung in Betracht kommenden Steuerpflichtigen kurze Benachrichtigungen über die Höhe der zu leistenden Zahlungen ausgeben lassen. Die Verpflichtung zur pünktlichen Zahlung besteht auch dann, wenn ein besonderes Benachrichtigungsschreiben nicht ausgestellt wird.

Verpätete Zahlungen werden mit einem Zuschlag von 5 v. H. für jeden angefangenen Monat belegt. Zahlungen innerhalb einer Woche, d. h. bis zum 7. März 1924 sind vor diesem Zuschlag befreit.

Ständesammlische Vorgänge im Februar. Auf dem Standesamt der Stadt Kus sind im Februar angemeldet worden 89 Lebendgeburten und 2 Totgeburten, 9 Aufgebote, 7 Eheschließungen und 24 Todesfälle.

Wett. die neuen Orgelprospektlisten in St. Nikolai. Das Pfarramt St. Nikolai teilt uns mit, daß der Witte des Kirchenvorstandes um Beiträge zur Beschaffung neuer Orgelprospektlisten leider bisher nur ähnernd entprochen wurde und die Spenden nur langsam eintröfen. Soll aber der Steuerungsaufrag möglichst bald erteilt werden können,